Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6142**

17. Wahlperiode 08. 06. 2011

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Frithjof Schmidt, Kerstin Müller (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Viola von Cramon-Taubadel, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Ute Koczy, Tom Koenigs, Agnes Malczak, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 17/5864, 17/6133 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006 und folgender Resolutionen, zuletzt 1937 (2010) vom 30. August 2010 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Umbrüche in der arabischen Welt haben weitreichende und langfristige Folgen für die ganze Region. Die Demokratiebewegungen haben alte verkrustete Machtstrukturen aufgebrochen. Jetzt bietet sich die Chance für einen demokratischen Wandel im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika. Insbesondere die Unruhen in Syrien und das brutale Vorgehen des syrischen Regimes gegen die friedlichen Demonstrationen haben unmittelbare Auswirkungen auf den Nachbarn Libanon. Ein Wandel in Syrien würde nicht nur die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Libanon berühren, etwa die Rolle der Hisbollah, sondern vermutlich das Gesicht der gesamten Region verändern. Auch wenn noch nicht klar ist, wie sich die Situation in Syrien weiterentwickelt, so stellt jedoch gerade „in diesen außergewöhnlichen Zeiten UNIFIL einen Stabilitätsfaktor in der Region dar“ (so jedenfalls der UN-Sonderkoordinator für den Libanon, Michael Williams).

Die Unruhen am 15. Mai 2011 im Grenzgebiet zwischen Israel, Syrien und Libanon, bei denen 14 Menschen ums Leben kamen, machten deutlich, wie gefährlich die Lage ist und wie leicht sie außer Kontrolle geraten kann. Ohne substantielle Verhandlungen und eine Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses zwischen Israelis und Palästinensern wird es keine Stabilität und keinen Frieden geben. Dass eine weitere Eskalation ausblieb, ist auch der Präsenz der UNIFIL zu verdanken, die die südlibanesische Grenze sicherte.

Der UNIFIL-Einsatz bleibt ein notwendiger und erfolgreicher Beitrag zum Friedensprozess im Libanon und in der Region und wird von allen Konfliktpar-

teien, insbesondere Israel, nach wie vor ausdrücklich begrüßt. Das gilt auch und gerade für den deutschen Beitrag. Zwar konnte der Einsatz die weiterbestehenden Risiken einer innerlibanesischen sowie regionalen Destabilisierung nicht beseitigen. Besorgniserregend bleibt die innenpolitische Blockadesituation im Libanon. Seit Monaten gibt es keine Fortschritte bei einer Regierungsbildung, die die Spaltung des Landes überwindet. Obwohl das Risiko eines erneuten bewaffneten Konflikts mit Israel sowie ungelöste regionale Konflikte fortbestehen, konnten sie doch auch dank UNIFIL minimiert werden. UNIFIL schafft für beide Seiten einen akzeptablen Rahmen für direkte und indirekte Kontakte und für Deeskalation.

Der Antrag der Bundesregierung hebt hervor, dass UNIFIL „die ihr zugewiesenen Aufgaben erfolgreich erfüllt" und der Flottenverband MTF (Maritim Task Force) an der Seegrenze des Libanon wesentlich dazu beigetragen haben. Es bleibt nicht unerwähnt, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen in seinem Fortschrittsbericht vom 28. Februar 2011 feststellt, dass es bei der Ausbildung libanesischer Kräfte verstärkter Anstrengung bedürfe. Unbeachtet dagegen bleibt, dass bei Kernforderungen der Resolution 1701 (2006) immer noch wenige Fortschritte zu verzeichnen sind. Nach wie vor gibt es außerhalb der staatlichen Sicherheitskräfte bewaffnete Milizen. Die Autorität des libanesischen Staates über den Südlibanon ist noch immer nicht erreicht. Der UN-Generalsekretär äußerte sich in seinem diesjährigen Umsetzungsbericht besorgt über Verletzungen der Resolution, obwohl immerhin deren Anzahl im Vergleich zur vorangegangenen Berichtsperiode zurückgegangen ist. Eine der größten Herausforderungen bleiben das Problem der ungesicherten libanesisch-syrischen Grenze und die Vorwürfe über anhaltenden Waffenschmuggel. Die Resolution beinhaltet die Aufforderung an die libanesische Regierung, ihre Grenzen zu sichern. Die internationale Gemeinschaft will die libanesische Regierung in die Lage versetzen, dies zu gewährleisten. Solange die Landgrenze nicht effektiv überwacht werden kann, bleibt der Erfolg von UNIFIL als stabilisierende Kraft unvollständig.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen der libanesischen Regierung, die Sicherung der Land- und Seegrenzen zu verbessern. Die selbstständige Kontrolle der libanesischen Seegrenze ist bereits jetzt in Teilbereichen möglich. Mit deutscher Unterstützung wird seit 2008 ein Projekt zum integrierten Grenzmanagement an der nördlichen Landgrenze des Libanon zu Syrien implementiert. Die substantielle Verbesserung im libanesisch-syrischen Verhältnis ist besonders im Hinblick auf die Grenzsicherung bedeutend und muss von Deutschland und der EU weiter unterstützt werden. Die libanesische Regierung bekräftigt die Absicht zur Grenzdemarkierung mit Syrien. Verzögerungen bei diesem Prozess würden den Erfolg der UNIFIL-Mission bedrohen. Daher bedarf es der Unterstützung Deutschlands und der EU auch bei den Festlegungen hinsichtlich der zeitlichen Umsetzung und der entsprechenden Finanzierung seitens der Bundesregierung sowie der internationalen Gebergemeinschaft. Der weitere Erfolg der UNIFIL-Mission wird zentral von den politischen Entwicklungen im Libanon selbst und in seiner Nachbarschaft, insbesondere von den Entwicklungen in Syrien, abhängen.

Der UN-Sicherheitsrat hat am 30. August 2010 mit der Resolution 1937 (2010) die UNIFIL-Mission mit einem Mandat bis zum 31. August 2011 verlängert. Der Deutsche Bundestag befürwortet die Verlängerung der Mission durch den UN-Sicherheitsrat um ein weiteres Jahr als Voraussetzung für eine weitere deutsche Beteiligung. Deutschland muss die Möglichkeit haben, bei Bedarf auch wieder die Führung übernehmen zu können und auch die Bereitschaft dazu signalisieren. Libanon wünscht die Fortsetzung der deutschen Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband. Die FDP und der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, haben in der Vergangenheit die Beteiligung der Bundeswehr an UNIFIL abgelehnt. Schon die verkürzte Mandatsverlängerung

im Dezember 2009 hat den Eindruck nahegelegt, aus sachfremden Motiven aus der UNIFIL-Mission aussteigen zu wollen. Das ist aufgrund der stabilisierenden Rolle der UNIFIL kontraproduktiv. Deutschland muss die Bereitschaft signalisieren, bei Bedarf wieder die Führung der MTF übernehmen zu können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die UN-Mission weiter zu unterstützen, damit diese ihre Aufgaben weiterhin erfüllen kann. Dies muss auch im Mandatstext unterstrichen werden. Die Einrichtung eines UNIFIL-Kontaktbüros in Tel Aviv ist weiter voranzutreiben;
- dem Deutschen Bundestag einen Antrag auf eine Beteiligung der Bundeswehr an der UNIFIL vorzulegen, der die Möglichkeit und die Bereitschaft enthält, weiterhin für die Führung der MTF zu Verfügung zu stehen;
- sich für eine konsequente Umsetzung der Ziele des UN-Mandats aus der Resolution 1701 (2006) einzusetzen, insbesondere den libanesischen Staat und die Armee bei der Ausübung ihrer Autorität im gesamten Hoheitsgebiet zu unterstützen;
- den Fähigkeitenaufbau der libanesischen Streitkräfte durch Programme der militärischen Ausbildungshilfe noch aktiver voranzutreiben und die Anzahl der den libanesischen Streitkräften zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze in diesem Rahmen zu erhöhen;
- den politischen Prozess zur Stabilisierung und den Dialog- und Versöhnungsprozess im Libanon zu unterstützen und so zu den Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden beizutragen;
- zur Verhinderung des Waffenschmuggels über die Landgrenzen gemeinsam mit der EU einen relevanten Beitrag für die Fortsetzung und Ausweitung der Grenzkontrollen verbindlich zuzusagen, dafür eine umfassende Strategie zu entwerfen und einen breit angelegten Finanzierungsrahmen sowie eine funktionierende Geberkoordinierung sicherzustellen;
- die libanesische Regierung weiterhin in ihren Bemühungen zu stärken, durch einen nationalen Koordinator einen Entwurf für eine umfassende Grenzmanagementstrategie (draft strategy for border management) in Zusammenarbeit mit den relevanten libanesischen Sicherheitsinstitutionen und anderen stakeholders zu verabschieden;
- regelmäßig den Fraktionen des Deutschen Bundestages über den Fortgang des Grenzprojektes als wichtige Voraussetzung zur Schaffung einer effektiven Grenzsicherheit im Libanon zu berichten;
- im Rahmen der Vereinten Nationen eine Demarkation der Grenze und eine Lösung der Shebaa-Frage zu befördern;
- Gespräche für einen umfassenden Friedensprozess in der Region zu unterstützen.

Berlin, den 7. Juni 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333